

COVID und unsere Gesellschaft

Ohne unsere Arbeit steht die Welt still. Gerade jetzt ist daher Zeit für Umverteilung!

Seit eineinhalb Jahren hält uns die COVID-19-Pandemie bereits in unterschiedlicher Intensität in Atem. Jeder Bereich gesellschaftlichen Lebens wird mehr oder weniger von dieser globalen Katastrophe durchdrungen – von unserer wirtschaftlichen Existenz, bis zu unserem sozialen Leben. Nichts blieb und bleibt davon verschont.

Dabei durchliefen wir als Gesellschaft unterschiedliche Stadien: Lockdown, Kündigungen und Kurzarbeit, Schockstarre, der Versuch der Regierung, sich als kompetente Krisenmanagerin zu inszenieren, staatliche Hilfen, die nicht bei den Menschen ankommen, sondern nur bei den Konzernen, ein Sommer des Vergessens, Öffnungen, vorübergehend sinkende und wieder steigende Infektionszahlen, endlich Impfstoff.

Dieser Teufelskreislauf wiederholt sich auch heute nahezu unverändert. Manche Minister*innen zweifelten überhaupt an einer zweiten Welle.

Daraus resultierend verschleifen die politischen Verantwortlichen die Vorbereitung auf jeden erneuten Anstieg der Infektionszahlen. Als sich im Herbst 2020 die Intensivstationen erneut füllten, machte sich die Regierung der Konzerne mehr Sorgen um das Weihnachtsgeschäft als um Todesfälle und setzte die ersten Maßnahmen erst 10 nach 12.

Die vom Bund zu verantwortende Infrastruktur war dermaßen schlecht, dass man eher eine Audienz beim Bundespräsidenten bekam als einen PCR- oder Antigen-Test. Das „Contact Tracing“ war in den meisten Fällen eher historische Aufarbeitung als ernsthafte Infektionseindämmung.

2021 endlich ein verfügbarer Impfstoff, langsamer Aufbau einer Testinfrastruktur, die – zumindest in Wien – diesen Namen auch verdient.

Die dadurch im Sommer 2021 eintretende Entspannung wurde sofort genutzt, um die Kosten für die Pandemiebekämpfung auf die Rücken von uns Lohnabhängigen zu schnallen. Arbeitslose sollen Leistungen verlieren, um sie in Jobs zu drängen wo Hungerlöhne bezahlt werden.

Flankiert werden diese Angriffe der Regierung durch Boulevard-Medien, welche nahezu täglich eine neue, schlecht recherchierte und oft erfundene Schauergeschichte vom armen Betrieb, der trotz hoher Löhne und besten Arbeitsbedingungen keine Arbeitskräfte findet und Märchen über faule Langzeitarbeitslose, um unsere Gesellschaft auf



ZEIT FÜR MEHR GERECHTIGKEIT!

GPA-Bundesforum



den anstehenden Lohnraub und Sozialabbau vorzubereiten. Gleichzeitig können sich die GroßspenderInnen von Kurzpraktisch alles erlauben.

Im Gegensatz zur Politik der Regierung wird es Zeit, dass wir arbeitenden Menschen, insbes. im Gesundheits- und Sozialbereich, in der Elementarpädagogik, im Handel, in der Logistik, ... die wir die Gesellschaft tatsächlich am Leben gehalten

haben, unseren gerechten Anteil am gesamtgesellschaftlichen Vermögen bekommen.

Daher braucht es höhere Löhne, kürzere Arbeitszeiten, die Demokratisierung der Wirtschaft insgesamt sowie Vermögens- und wertschöpfungsbezogene Steuern. Die gegenwärtige Vielfach-Krise hat einmal mehr gezeigt von wem die Welt wirklich abhängt: Von uns Lohnabhängigen!

Worte reichen nicht

Am 9. September wurde das bereits im letzten Jahr mit den Wahlen und der Umbenennung unserer Gewerkschaft in „Gewerkschaft GPA“ online begonnen Bundesforum, quasi das Parlament unserer Gewerkschaft, mit der Diskussion der Anträge fortgesetzt und beendet. Damit sind die zentralen strategischen Linien für die Arbeit unserer GPA bis 2025 beschlossen.

Neben der Klarstellung, dass wir uns weiterhin für eine Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit auf 35 Stunden einsetzen, wurden auf dem Bundesforum jene Herausforderungen diskutiert, die sich momentan allen Gewerkschaften stellen. Stichworte: Arbeitsplatzvernichtung, Digitalisierung, Home Office, Absicherung des

Sozialstaates, Mitglieder-gewinnung. Denn es ist offensichtlich, dass wir diese Herausforderungen nur bewältigen werden können, wenn wir mehr und stärker werden.

Gerade das Home Office droht, viele Belegschaften auseinanderzudividieren, individualisiert und schwächt uns damit auch. Dass zahlreiche Firmen diese Schwächung von Betriebsratskörperschaften und Gewerkschaften als Nebeneffekt der Einsparung von Büroflächen mehr als glücklich als zusätzlichen Bonus sehen, wird niemanden verwundern.

Ebenso wurde auf dem Bundesforum eine Reform der Statuten, der sog. Geschäfts- und Wahlordnung, beschlossen, die unsere GPA zukunftsfit machen soll. Im Rahmen der vorgenommenen An-

derungen wurde festgelegt, dass es künftig in den Bundesländern keine Interessengemeinschaften mehr geben wird. Als IG Social haben wir diese Änderung abgelehnt, aber keine Mehrheit für unsere Argumente gefunden.

Das bedeutet, dass es uns als IG Social Wien nach Ablauf der aktuellen Funktionsperiode nicht mehr geben wird. Bis dahin werden wir neben unseren üblichen Angeboten überlegen, ob und wie wir eine Alternative schaffen können.

Wir hoffen, dass wir euch bei der einen oder anderen unserer noch kommenden Veranstaltungen treffen werden und ihr uns dort eure Ideen für eine künftige kämpferische Vernetzung aktiver Gewerkschaftsmitglieder mitteilt.

Worte reichen nicht

... deswegen setzen wir Taten!

Vor kurzem fand das Bundesgremium der Gewerkschaft GPA im privaten Sozial-, Bildungs- und Gesundheitsbereich statt – der Bundesausschuss des Wirtschaftsbereichs 17. Dabei war auch die belastende Coronasituation Thema.

Reihum wurde berichtet, wie immer mehr KollegInnen nicht mehr können. Der Personalmangel in den unterschiedlichsten Sparten von Pflege über psychosoziale Arbeit bis zur Kinderbetreuung steigt stetig an. In manchen Betrieben verlassen KollegInnen den Beruf quasi massenhaft und wechseln auch nicht in andere Betriebe. Aus einzelnen Bundesländern wurde berichtet, dass einzelne Betriebe in manchen Berufsgruppen mehrere hundert (!) Beschäftigte suchen.

Gleichzeitig ist das Versprechen der Politik nach Abgeltung der Erschwer-nisse wie ein Corona-Bonus für die große Mehrheit von uns bis heute nur Schall und Rauch.

Deswegen geht die Kampagne „Worte reichen nicht“ in die nächste Runde: konkrete Aktionen werden geplant, um den Druck weiter aufzubauen.

Anfang November findet in Wien auch eine BetriebsrätInnen-Konferenz statt, um die Forderungen diese Kampagne in Aktionen umzusetzen.

Schon am 12.10. trafen die Beschäftigten in den privaten Wiener elementaren Bildungs- und Betreuungseinrichtungen unter dem Motto „Es reicht!“ zu einer öffentlichen Betriebsversammlung zusammen.

Es wird ein heißer Herbst – und ein heißer Winter!